

öffentliche N I E D E R S C H R I F T

VERTEILER: 3.3.2

Körperschaft	: Stadt Norderstedt	
Gremium	: Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr, SUV/067/ IX	
Sitzung am	: 19.04.2007	
Sitzungsort	: Sitzungsraum 2 Rathausallee 50, 22846 Norderstedt	
Sitzungsbeginn	: 18:15	Sitzungsende : 20:16

Öffentliche Sitzung

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzende/r	: gez.	Jürgen Lange
Schriftführer/in	: gez.	René Hoerauf

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr
Sitzungsdatum	: 19.04.2007

Sitzungsteilnehmer

Vorsitz

Lange, Jürgen

Teilnehmer

Algier, Ute

Döscher, Günther

Engel, Uwe

Eßler, Hans-Günther

Hagemann, Holger-W.

anwesend für Herrn Berg

Hahn, Sybille

Köncke, Heiner

für Herrn Roeske

Krogmann, Marlis

Nötzel, Wolfgang

Paschen, Charlotte

Paschen, Herbert

Plaschnick, Maren

Scharf, Hans

Senckel, Karl Heinrich

Verwaltung

Bosse, Thomas

Brüning, Herbert

Freude, Andreas

Hoerauf, Rene

Kröska, Mario

Reher, Uwe

Seevaldt, Wolfgang

Genenz, Ulrike

Entschuldigt fehlten

Teilnehmer

Berg, Arne - Michael

Roeske, Ernst-Jürgen

Sonstige Teilnehmer

Herr Jennrich

Planungsbüro PPL

Herr Hermanns

Landschaftsplanungsbüro TGP

Herr Dr. Koch

Büro Planung + Umwelt

3
VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr
Sitzungsdatum	: 19.04.2007

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :
Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :
Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

TOP 3 :
Einwohnerfragestunde

TOP 4 : B 07/0154
Umgestaltung Ulzburger Straße;
hier: überplanmäßige Mittelbereitstellung

TOP 5 : B 07/0087
Flächennutzungsplan Norderstedt (FNP 2020)
hier: 1. Behandlung des Ergebnisses der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. §
3 Abs. 1 BauGB und Behandlung des Ergebnisses der frühzeitigen
Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB
2. Sachstand Umweltprüfung / strategische Umweltprüfung

TOP 6 : B 07/0086
Landschaftsplan Norderstedt (LP 2020)
hier: Behandlung des Ergebnisses der frühzeitigen Behörden- und
Verbändebeteiligung gem. § 6 Abs. 2 LNatSchG-SH in Verbindung mit § 6 Abs. 2 der
Landschaftsplan-Verordnung und Behandlung des Ergebnisses der frühzeitigen
Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 6 Abs. 2 LNatSchG-SH in Verbindung mit § 6 Abs. 1
der Landschaftsplan-Verordnung

TOP 7 : B 06/0294
Lärmaktionsplan der Stadt Norderstedt - Entwurf
hier: Beschluss zur förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden

TOP 8 :
Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP 8.1 :
Herr Lange zu einem Antrag auf Baumfällung oder Änderung des entsprechenden
Bebauungsplanes

TOP 8.2 :
Herr Bosse zur Vergabe von Straßennamen

TOP 8.3 : M 07/0119**Halbjahresbericht 2/2006 des Amtes 60 Fachbereich 603 und 604)****hier: Beantwortung der Anfragen von Frau Hahn aus der Sitzung vom 15.03.2007****TOP 8.4 : M 07/0121****2. Halbjahresbericht 2006 des Amtes 60 (FB 603 und 604) und (FB 601)****hier: Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 15.03.2007****TOP 8.5 : M 07/0124****Halbjahresbericht II/2006 Betriebsamt;****hier: Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 15.03.2007 (TOP 15)****TOP 8.6 : M 07/0138****Ausweitung des ÖPNV-Angebots;****hier: Zwischennachricht der Verkehrsgesellschaft Norderstedt zum Beschluss vom 15.02.2007****TOP 8.7 : M 07/0150****Bericht des Betriebsbeauftragten für Abfall und Immissionsschutz gemäß § 55 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz und § 54 Bundesimmissionsschutzgesetz für das Jahr 2006****TOP 8.8 :****Frau Hahn zur Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen in Norderstedt****TOP 8.9 :****Frau Hahn zur Einführung der Papiertonne in Norderstedt****TOP 8.10 :****Herr Engel zu Straßenschäden in Norderstedt****TOP 8.11 :****Frau Paschen zur Holzbrücke über die Oadby-and-Wigston-Straße****TOP 8.12 :****Frau Hahn zu Fahrradresten an U-Bahn- und Bushaltestellen in Norderstedt****TOP 8.13 :****Frau Plaschnick zu abschließbaren Fahrradboxen****TOP 8.14 :****Frau Hahn zur 8. Nachtragssatzung zur Straßenreinigungssatzung****Nichtöffentliche Sitzung****TOP 9 :****Berichte und Anfragen - nichtöffentlich****TOP 9.1 : M 07/0117****Ausbau der Straße Immenhorst****TOP 9.2 :****Herr Bosse zu einem Bauantrag im Pappelstieg**

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr
Sitzungsdatum	: 19.04.2007

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit mit 12 Mitgliedern fest.

Er verpflichtet die Herren Eßler, Senckel, Nötzel und Köncke.

TOP 2: Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Die Verwaltung stellt den folgenden Antrag zur Tagesordnung.

Die Tischvorlage B 07/0154 soll in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der Verwaltung:

12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, einstimmig beschlossen

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Tischvorlage als neuen Tagesordnungspunkt 4 zu behandeln.

Abstimmung zur so geänderten Tagesordnung:

12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, einstimmig beschlossen

TOP 3: Einwohnerfragestunde

Frau Niehusen, Falkenbergstraße 160, 22844 Norderstedt stellt die folgende Frage, die schriftlich zu Protokoll gegeben wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren,

laut Beschlussvorlage zum Landschaftsplan 2020 schlägt die Verwaltung vor, das Gebiet im Bereich der städtischen Streuobstwiese in ein Gewerbegebiet umzuwandeln.

Ich frage darum die Fraktionen, ob sie dem zustimmen wollen, dieses für die Stadt Norderstedt sich entwickelnde Kleinod zu zerstören?

Warum hat die Streuobstwiese sich in vielerlei Hinsicht dazu entwickelt?

- sie ist mit ihren über 100 Obstbäumen als Ausgleichsfläche angelegt worden
- der BUND hat auf Wunsch der Stadt vor über 10 Jahren die Pflege übernommen
- die Streuobstwiese ist ein Musterbeispiel an guter Zusammenarbeit zwischen Naturschutzverbänden (BUND, NABU, Imkern), Kleingärtnern und den städtischen Bediensteten.
- Viele Bürger Norderstedts haben für Obstbäume Patenschaften übernommen
- Auf der Wiese wurden anlässlich der 25-Jahr-Feier der Stadt vom damaligen Bürgermeister und Kulturdezernenten Gedenkbäume gepflanzt.
- Der ehemalige Verein Freundschaft zwischen Norderstedt und Perleberg pflanzte ebenfalls alte Obstsorten.
- Ein studierter Pomologe aus Perleberg unterrichtete dort bisher kostenlos jährlich Obstbaumschnitt für Interessierte.
- Es wurde mit Genehmigung der UNB ein Teich angelegt.
- Es wurde als weitere Ausgleichsmaßnahme ein Knick angelegt.
- Die Streuobstwiese wurde als besonders gelungenes Projekt für Zusammenarbeit zwischen Stadt, Verbänden und Bürgern bei einem Seminar zur Erhaltung alter Obstsorten von allen Teilnehmern aus Schleswig-Holstein gelobt.

Wollen Sie die Norderstedter Streuobstwiese, die neben Naturschutzaspekten, auch großen ideellen Wert für Norderstedter Bürger und darüber hinaus hat, vernichten?

Der Ausschuss stellt klar, dass es sich bei der betreffenden Streuobstwiese um eine Fläche handelt, die im Vorentwurf des Flächennutzungsplanes im Bereich der neu ausgewiesenen Gewerbefläche G 3 nördlich der Ohechaussee und westlich der Niendorfer Straße liegt.

Die Fraktionen der SPD, CDU und GALiN werden der Umwandlung der Streuobstwiese in eine Gewerbefläche nicht zustimmen.
Die FDP-Fraktion wird sich erst während der Beratungen zum Flächennutzungsplan und zum Landschaftsplan dazu äußern.

TOP 5: B 07/0087

Flächennutzungsplan Norderstedt (FNP 2020)

hier: 1. Behandlung des Ergebnisses der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und Behandlung des Ergebnisses der frühzeitigen Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB

2. Sachstand Umweltprüfung / strategische Umweltprüfung

Herr Bosse und Herr Seevaldt erläutern die Vorlage und beantworten zusammen mit Herrn Jennrich vom Planungsbüro PPL die Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Dr. Koch stellt den Stand der Strategischen Umweltprüfung (SUP) vor und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Abschluss der Vorträge stellen nun die Fraktionen ihre Änderungsanträge, über welche direkt abgestimmt wird.

Herr Lange stellt für die SPD-Fraktion die folgenden Anträge:

Die Trassen des Schienenfliegers sollen weiterhin im F-Plan dargestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, einstimmig beschlossen

Die Streuobstwiese im Bereich der Gewerbefläche G 3 soll erhalten bleiben und nicht als Gewerbefläche dargestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, einstimmig beschlossen

Die Darstellung des Autobahnanschlusses Norderstedt-Mitte soll entfallen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, mehrheitlich abgelehnt

Die Darstellung der Sonderbaufläche Festplatz und Gewerbemesse (SO 3) soll entfallen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, mehrheitlich abgelehnt

Die SPD-Fraktion äußert Bedenken zur Ortsumgehung Garstedt.

Frau Plaschnick stellt für die GALiN-Fraktion die folgenden Anträge:

Die Darstellung der Wohnbaufläche südlich des Moorweges (W 10 b) soll entfallen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt

Die Darstellung der Erweiterung der Wohnbaufläche am Falkenkamp nach Osten (W 11 C) soll entfallen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt

Die Darstellung des Anschlusses der Stormarnstraße an die Querspange Glashütte soll entfallen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt

Die Darstellung der Querspange Glashütte soll entfallen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt

Die Darstellung der Arrondierung der Wohnbaufläche am östlichen Scharpenmoorpark / Gottfried-Keller-Straße (W 28) soll entfallen

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt

Die Darstellung der Wohnbaufläche östlich der Müllerstraße (W 20 a) soll entfallen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt

Die Darstellung der Erweiterung der Sonderbaufläche Baumarkt, Gartenfachmarkt, Baustoffgroßhandel östlich der Segeberger Chaussee / nördlich des Hummelsbütteler Steindammes (SO 4) soll entfallen

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, mehrheitlich abgelehnt

Die Darstellung der Ortsumgehung Garstedt soll entfallen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 7 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Die Darstellung der Gewerbefläche nördlich der Ohechaussee / westlich der Niendorfer Straße (G 3) soll entfallen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt

Herr Paschen stellt für die CDU-Fraktion den folgenden Antrag:

Der Anregungsgeber 68 a (FÖB-Tabelle) hat einen Abrundungswunsch.

Die gewünschte Abrundung ist städtebaulich plausibel und soll berücksichtigt werden. Eine exakte Abgrenzung muss im verbindlichen Bauleitplanverfahren erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

Beschlussvorschlag

1. Das Ergebnis der frühzeitigen Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB und das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB wird zur Kenntnis genommen (vgl. tabellarische Vermerke des Amtes für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 27.03.2007 – Anlagen 1 und 2 -; Protokolle der öffentlichen Veranstaltungen vom 17., 19., 24. und 26.10.2005 – Anlage 4 - mit zusammenfassendem tabellarischem Vermerk des Amtes für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 27.03.2007 - Anlage 5 -).

Die Behandlung des Ergebnisses der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung soll entsprechend den Behandlungs- /Abwägungsvorschlägen der Verwaltung in den tabellarischen Vermerken des Amtes für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 27.03.2007 – Anlagen 1 und 2 – unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge erfolgen.

2. Der Bericht zum Sachstand der Umweltprüfung / strategische Umweltprüfung und der vorläufige Untersuchungsrahmen wird zur Kenntnis genommen.

Auf Grund § 22 GO waren keine Ausschussmitglieder von der Beratung und der Beschlussfassung ausgeschlossen.

Abstimmung:

7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

Sitzungsunterbrechung von 19:15 Uhr bis 19:25 Uhr.

TOP 6: B 07/0086

Landschaftsplan Norderstedt (LP 2020)

hier: Behandlung des Ergebnisses der frühzeitigen Behörden- und Verbändebeteiligung gem. § 6 Abs. 2 LNatSchG-SH in Verbindung mit § 6 Abs. 2 der Landschaftsplan-Verordnung und Behandlung des Ergebnisses der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 6 Abs. 2 LNatSchG-SH in Verbindung mit § 6 Abs. 1 der Landschaftsplan-Verordnung

Herr Hermanns vom Landschaftsplanungsbüro TGP erläutert die Vorlage und geht dabei speziell auf die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes (LSG) im Bereich der Garstedter Feldmark ein.

Da die Wohnbauflächen Garstedt-West (W 24, W 25, W 26) entfallen sind, ist es sinnvoll, die Grenzen des vorgeschlagenen Landschaftsschutzgebietes (LSG) im Bereich der Garstedter Feldmark auf den Grenzen des Vorentwurfs aus dem Jahre 2005 zu belassen, obwohl man nach Gesprächen mit dem örtlichen Bauernverband diesem eine Verkleinerung des LSG im Bereich der Garstedter Feldmark in Aussicht gestellt hatte (Punkte 7.4 und 7.8 frühz. Behördenbet., tabellarischer Vermerk der Verwaltung vom 27.03.2007).

Herr Bosse stellt daher für die Verwaltung den Antrag, die im Landschaftsplan- / Flächennutzungsplan-Vorentwurf vom 22.03.2005 dargestellten LSG-Grenzen im Bereich der Garstedter Feldmark gem. Vorentwurf beizubehalten und die Punkte 7.4 und 7.8 im Behandlungsvorschlag im tabellarischen Vermerk der Verwaltung vom 27.03.2007 entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Herrn Bosse:
12- Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, einstimmig beschlossen

Beschlussvorschlag

Das Ergebnis der frühzeitigen Behörden- und Verbändebeteiligung gem. § 6 Abs. 2 LNatSchG-SH in Verbindung mit § 6 Abs. 2 der Landschaftsplan-Verordnung und das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 6 Abs. 2 LNatSchG-SH in Verbindung mit § 6 Abs. 1 der Landschaftsplan-Verordnung wird zur Kenntnis genommen (vgl. tabellarische Vermerke des Amtes für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 27.03.2007 – Anlagen 1 und 2 -; Protokolle der öffentlichen Veranstaltungen vom 17., 19., 24. und 26.10.2005 – Anlage 4 - mit zusammenfassendem tabellarischem Vermerk des Amtes für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 27.03.2007 - Anlage 5 -).

Die Behandlung des Ergebnisses der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung soll entsprechend den Behandlungs-/Abwägungsvorschlägen der Verwaltung in den tabellarischen Vermerken des Amtes für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 27.03.2007 – Anlagen 1 und 2 – unter Berücksichtigung des beschlossenen Antrages erfolgen.

Auf Grund § 22 GO waren keine Ausschussmitglieder von der Beratung und der Beschlussfassung ausgeschlossen.

Abstimmung:

7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

TOP 7: B 06/0294

Lärmaktionsplan der Stadt Norderstedt - Entwurf

hier: Beschluss zur förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden

Der Ausschuss wünscht einvernehmlich, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung eine öffentliche Informationsveranstaltung stattfindet,

alle Szenarien den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt und

die Szenarien D und G als Präferenzen hervorgehoben werden.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr nimmt den Entwurf des Lärmaktionsplanes Norderstedt zur Kenntnis, bestehend aus

- den verkehrlichen Modellprognosen für das Jahr 2013 auf Basis des Verkehrsentwicklungsplans – Fortschreibung 2004 – (Schnüll, Haller und Partner, Hannover),
- den Strategischen Lärmkarten und Betroffenheitsanalysen für die Quellen „Straße“, „Schiene“ und „Gewerbe“ sowie den „Flughafen Hamburg“ für das Erfassungsjahr 2004 und den Prognosehorizont 2013 sowie einer Kosten-Nutzen-Analyse für die verschiedenen Lärminderungsszenarien (Lärmkontor, Hamburg) und

- einem modular aufgebauten und zwei Alternativen darstellenden Entwurf des Lärmaktionsplanes mit Maßnahmenempfehlungen zur Lärminderung (Planungsbüro Richter-Richard, Aachen). Wichtigster Unterschied ist die Frage, ob auf ausgewählten Abschnitten der Ulzburger Straße eine Geschwindigkeitsreduzierung vorgesehen wird: Kurzfristszenario A und damit Summenszenario D enthalten diese, Kurzfristszenario F und damit Summenszenario G verzichten darauf. Die mittelfristigen Maßnahmen des Szenario C sind in beiden Fällen identisch.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr beschließt, den Lärmaktionsplan mit den dazu gehörenden Strategischen Lärmkarten und den verkehrlichen Modellprognosen entsprechend § 73 VwVfG für einen Monat öffentlich auszulegen. Neben dieser förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch einen Lärminderungsplan nach § 47d BImSchG berührt werden können, zur Stellungnahme zum Entwurf des Aktionsplanes aufgefordert.

Abstimmung:

12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, einstimmig beschlossen

TOP 8:

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP 8.1:

Herr Lange zu einem Antrag auf Baumfällung oder Änderung des entsprechenden Bebauungsplanes

Herr Lange gibt einen „Antrag auf Entfernung einer Eiche – alternativ Änderung des Bebauungsplanes“ vom 07.04.2007 der Eheleute Renate und Werner Potratz zu Protokoll und bittet die Verwaltung, den Antrag entsprechend weiterzuleiten und für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr zu antworten.

TOP 8.2:

Herr Bosse zur Vergabe von Straßennamen

Herr Bosse gibt bekannt, dass demnächst eine Reihe von Straßennamen vergeben werden müssen. Er regt daher an, dass sich vor der Beschlussfassung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr eine interfraktionelle Arbeitsgruppe mit der Vergabe der Straßennamen befasst. Herr Bosse würde dann dazu einladen.

Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Die Arbeitsgruppe soll sich aus jeweils zwei Mitgliedern der SPD- und CDU-Fraktion sowie jeweils einem Mitglied der GALiN- und FDP-Fraktion zusammensetzen.

TOP 8.3: M 07/0119

Halbjahresbericht 2/2006 des Amtes 60 Fachbereich 603 und 604)

hier: Beantwortung der Anfragen von Frau Hahn aus der Sitzung vom 15.03.2007

Herr Bosse gibt für das Amt 60 den folgenden Bericht.

Sachverhalt

Frau Hahn bittet die Verwaltung um einen Bericht bezüglich Seite 5, Wohnweg Eiderstraße. Um welche konkrete Um/Ausbaumaßnahme handelt es sich hier?

Es handelt sich um den befahrbaren Wohnweg zwischen Eiderstraße und Poppenbütteler Straße (siehe Anlage 1 der Niederschrift), der zwischenzeitlich den Straßennahmen Ohlaustieg erhalten hat.

Gemäß Bebauungsplan Nr. 146, 3. Änderung erfolgt die Erschließung der rückwärtigen Grundstücke am Glashütter Damm über diesen Wohnweg. Da Ende 2005 ein Bauantrag gestellt wurde, muss die Erschließung entsprechend hergestellt werden. Siehe dazu auch Vorlage Nr. B 06/0088 vom 16.03.2006 sowie erster Halbjahresbericht 2006.

Weiterhin bittet Frau Hahn um einen Bericht bezüglich Seite 23, Oberflächenentwässerung, Abweichung zum Ansatz. Wie kommt es zu den Abweichungen um minus 29,5 % bei den Sachausgaben?

Hinter den Sachausgaben verbirgt sich im Wesentlichen der Ansatz Unterhaltung Wasserläufe in Höhe von 50.000,- €. 2006 wurden jedoch nur 34.346,00 € für die Gewässerunterhaltung benötigt.

Schließlich bittet Frau Hahn um einen Bericht bezüglich Seite 25, ÖPNV, Abweichung zum Ansatz. Wie kommt es zu den Abweichungen um minus 15,3 % bei den Zuweisungen und Zuschüssen?

Es handelt sich hier um den Ansatz Verbesserung ÖPNV in Höhe von 190.000,00 €. Dies sind die Kosten, die die Stadt dem Kreis für die Angebotsverbesserungen (z. B. Taktverdichtung) auf den Norderstedter Linien zu erstatten hat. Aufgrund der Verrechnung mit Guthaben früherer Jahre, wurden die Mittel nicht in voller Höhe benötigt.

Mitte März 2007 wurde allerdings durch den Kreis und den HVV angekündigt, dass aufgrund der jüngsten Berechnungen des HVV die Kosten für 2007 deutlich steigen werden. Zum einen ist 2006 ein Defizit entstanden, zum anderen werden die 2006 beschlossenen Angebotsverbesserungen auf den Linien 193, 195 und 493 deutlich teurer als kalkuliert, sodass 2007 ein Abschlag in Höhe von 288.000,00 € zu zahlen ist.

TOP 8.4: M 07/0121

2. Halbjahresbericht 2006 des Amtes 60 (FB 603 und 604) und (FB 601)

hier: Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 15.03.2007

Herr Bosse gibt für das Amt 60 den folgenden Bericht.

Sachverhalt

2. Halbjahresbericht 2006 des Amtes 60 (FB 603 und 604)

hier: Beantwortung der Anfrage von Frau Hahn

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 15.03.07 fragte Frau Hahn nach den Gründen für die Abweichung bei den Sachausgaben zum Ansatz um – 23,2 % im Budget technischer Service auf Seite 24 des Berichtes.

Hierzu wurde bereits auf der Seite 24 des o.g. Berichtes vermerkt, dass sich die Einsparungen im Bereich der Vermessungskosten ergeben hatten, die ausschließlich von Fremdaufträgen bestimmt sind und keine Aufträge in der im Ansatz angenommenen Höhe vorlagen.

2. Halbjahresbericht 2006 des Amtes 60 (FB 601)
hier: Beantwortung der Anfrage von Frau Hahn

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 15.03.07 fragte Frau Hahn nach den Gründen für die Abweichung der inneren Verrechnung zum Ansatz im Fachbereichsbudget 6000 auf Seite 13 des Berichtes.

Die inneren Verrechnungen wurden nicht zum 31.12.06 vorgenommen, daher erscheinen diese noch als Abweichung zum Ansatz. Diese internen Umbuchungen wurden aber bereits vorgenommen, sodass jetzt keine Abweichung mehr in diesem Bereich vorhanden ist.

TOP 8.5: M 07/0124

Halbjahresbericht II/2006 Betriebsamt;

hier: Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 15.03.2007 (TOP 15)

Herr Bosse gibt für das Amt 70 den folgenden Bericht.

Zu Seite 7, Kooperation mit dem WZV

Frau Hahn bittet die Verwaltung um den vereinbarten Bericht bezüglich Papiermengen Altpapierentsorgung 01-03/2007.

Antwort der Verwaltung:

Hierzu war geplant für die Sitzung am 19.04.2007 eine Vorlage mit den Daten Januar bis einschl. März 2007 zu erstellen. Da diese Sitzung aber für die Behandlung des F-Planes 2020 geblockt wurde, ergibt sich als nächster Termin für eine Mitteilungsvorlage der 3. Mai 2007.

Frau Hahn bittet die Verwaltung um einen Bericht bezüglich Seite 12, KR Abwasserbeseitigung, Abweichung zum Ansatz.

Wie kommt es zu den Abweichungen bei den inneren Verrechnungen um 36,7%?

Antwort der Verwaltung:

Hierbei handelt es sich um die Erstattungen Personalkosten des Betriebsamtes in 2006, die um ca. 33.600 € höher ausgefallen sind als für 2006 veranschlagt wurde. Der Betrag errechnet sich aus den Leistungen der Mitarbeiter für andere Bereiche abzüglich der Leistungen der Mitarbeiter aus anderen Bereichen für 7000. Hierbei haben sich Erstere um ca. 24.300 € erhöht, Letztere um etwa 15.300 € reduziert. Somit veränderte sich der Saldo um rd. 39.600 € (etwa 33.600 € Überschreitung des Ansatzes für 2006 statt rd. 6.000 € Unterschreitung im Jahr 2005).

Frau Hahn bittet die Verwaltung um einen Bericht bezüglich Seite 13, Abfallentsorgung, Abweichung zum Ansatz.

Wie kommt es zu den Abweichungen bei den sonstigen Finanzeinnahmen um – 833,2 T € oder –100%?

Antwort der Verwaltung:

In den Erläuterungen zum Budget wurde bereits darauf hingewiesen, dass zum Zeitpunkt der Abgabe der Datenbasis für die Mitteilungsvorlage noch nicht alle Abschlussbuchungen erfolgt waren. Daher gab es zum Stichtag noch kein Anordnungssoll für die Zusammenfassung der „sonstigen Finanzeinnahmen“. Inzwischen sind alle Abschlussbuchung durchgeführt worden. Als Entnahme aus der Gebührenaussgleichsrücklage waren hier 833.200 € angesetzt; tatsächlich brauchten aber nur ca. 395.600 € zum Ausgleich des Budgets entnommen zu werden.

Frau Hahn bittet die Verwaltung um einen Bericht bezüglich Seite 4, Beisetzungen. Wurde bei dem Defizit von 60.000 € die Personalkostenersparnis (Erdgräber Plan 2006: 199/ Ist 2006: 130) berücksichtigt ?

Antwort der Verwaltung:

Dieses Defizit ist durch Mindereinnahmen bei den Nutzungsgebühren entstanden. Überwiegend sind diese nicht personalkostenrelevant, da die Vergabe von Nutzungsrechten und auch die Kapellennutzung keine Tätigkeiten der Friedhofsmitarbeiter/innen bedingt. Eine Ersparnis an Personalkosten hat nicht stattgefunden, da die Aufgaben der Mitarbeiter/innen sich nicht reduziert haben. Es sind lediglich weniger Stundenaufwendungen für die Bestattungsarbeiten bei Erdgräbern (Rückgänge) zu verzeichnen. Diese werden jedoch teilweise durch Mehraufwendungen bei der Beisetzung von Urnen (Zugänge) aufgefangen.

Die personalintensiven Tätigkeiten (ca. 80 – 90 %) der Friedhofsunterhaltung, Verkehrssicherungspflicht und Grabpflege haben sich nicht reduziert.

Frau Hahn bittet die Verwaltung um einen Bericht bezüglich Seite 12, Straßenreinigung, Anmerkung b) Sachausgaben. Wenn durch den strengen Winter Januar bis März 2006 für die Schneeräumung in Norderstedt Ausgaben in Höhe von 101.789,49 € notwendig geworden sind, warum sollen dann die Ausgaben für die Schneeräumung auf Radwegen so hoch sein und im 6-stelligen Bereich liegen?

Antwort der Verwaltung:

Das genannte Rechnungsergebnis in Höhe von 101.789,49 € bei der Haushaltsstelle 6750.51000 / Schneeräumung bezieht sich **ausschließlich auf die Sachkosten für Salz / Sand-Streugut**, nicht auf den Fahrzeug- oder den Personaleinsatz.

Die genannten Kosten für den Winterdienst „Radwege“ enthalten dagegen als neu und zusätzlich zu erbringende Leistung auf Basis einer Vollkostenrechnung zusätzlich zu den Sachkosten für Salz / Sand-Streugut **auch alle kalkulatorischen Kosten (Abschreibung, Verzinsung), Wartungs- und Betriebskosten (Steuer, Versicherung, Reparaturen) der Fahrzeuge sowie alle Personalkosten (Stundenlöhne und Zuschläge für Rufbereitschaft).**

TOP 8.6: M 07/0138**Ausweitung des ÖPNV-Angebots;****hier: Zwischennachricht der Verkehrsgesellschaft Norderstedt zum Beschluss vom 15.02.2007**

Herr Bosse gibt für das Amt 60 den folgenden Bericht.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 15.02.2007 fasste der Ausschuss u. a. folgenden Beschluss:

„Norderstedt-Mitte soll künftig am Wochenende, ab Feierabend, auch nachts mit der U-Bahn erreichbar sein. Die bisher an der Station Ochsenzoll endende nächtliche U-Bahn-Verbindung wird daher bis zur U-Bahn-Station Norderstedt-Mitte weitergeführt. Ebenfalls werden die abendlichen U-Bahnverbindungen, die bislang in Ochsenzoll oder Garstedt endeten, bis zur Endstation weitergeführt.

Dabei soll die über Norderstedt-Mitte hinausgehende Nachtbuslinie mit überprüft werden und ebenso die Öffnungszeiten der südlichen P+R-Anlage.

Die Verkehrsgesellschaft Norderstedt wird aufgefordert, Verhandlungen mit dem Hamburger Verkehrsverbund aufzunehmen und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr eine entsprechende Vorlage mit den entstehenden Kosten vorzulegen.“

Mit Schreiben vom 02.04.2007 liegt dem Fachbereich Verkehrsflächen und Entwässerung zu diesem Beschluss eine vorläufige Stellungnahme der Verkehrsgesellschaft Norderstedt vor, mit der Bitte, diese an den zuständigen Ausschuss entsprechend weiterzuleiten.

Diese Stellungnahme ist demzufolge dem Protokoll dieser Niederschrift in Anlage 2 und 3 beigelegt.

TOP 8.7: M 07/0150**Bericht des Betriebsbeauftragten für Abfall und Immissionsschutz gemäß § 55 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz und § 54 Bundesimmissionsschutzgesetz für das Jahr 2006**

Herr Bosse gibt für das Amt 70 den folgenden Bericht.

1. Schadstoffsammelstelle

Mit Inbetriebnahme des Recyclinghofes in der Oststraße am 02.10.2006 wurde der Betrieb der Schadstoffsammelstelle in der Friedrich-Ebert-Straße sowie der zeitlich befristete Umschlag eingestellt.

Die damit verbundene Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzrecht ist somit erloschen.

Die Anzeige dieser Änderung wurde der zuständigen Behörde mit Schreiben vom 05.10.2006 mitgeteilt (s. Anlage 4 der Niederschrift).

Der mit der Änderungsgenehmigung vom 22.06.05 gemäß § 15 Bundesimmissionsschutzgesetz für die Schadstoffsammelstelle der Stadt Norderstedt zeitlich befristete Umschlag von gemischten Siedlungsabfällen konnte ohne Probleme durchgeführt werden.

Alle in der Genehmigung geforderten Auflagen wurden erfüllt.

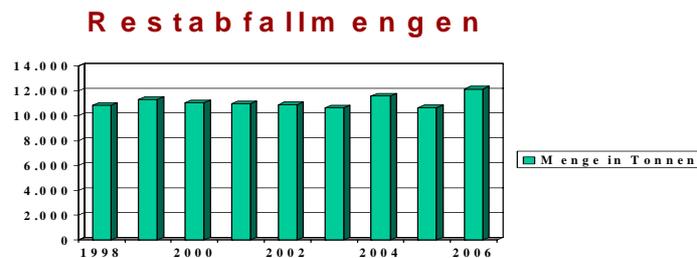
Der Bauantrag für den Abriss der Schadstoffsammelstelle ist mit Schreiben vom 16.06.06 gestellt worden und genehmigt.

Der Abbruch wurde inzwischen durchgeführt. Anfallende Abfälle wurden ordnungsgemäß entsorgt.

2. Hausabfall:

A) Restabfall:

Die Restabfallmenge betrug im Jahr 2006 12.144 Jahrestonnen und ist damit ca. 14 % höher als im Vorjahr. Dies entspricht einer Durchschnittsmenge von 170 Kg/Jahr und Einwohner.



B) Bioabfall:

Mit 5.759 Tonnen getrennt erfasster Bioabfälle im Jahr 2006 wurde die Vorjahresmenge von 5.684 Tonnen geringfügig überschritten. Damit wurde die Grenze von 80 Kg/Jahr und Einwohner mit 80,64 Kg überschritten. Die Qualität des angelieferten Abfalls wurde bis auf wenige Ausnahmen von der Kompostierungsanlage als gut bezeichnet.

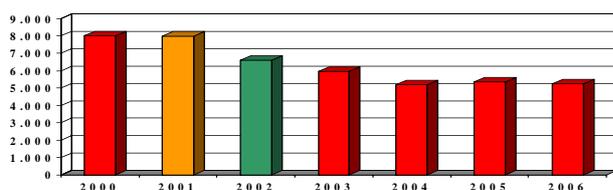
Die nachfolgende Grafik verdeutlicht, dass sich die Bioabfallererfassung seit Einführung der Biotonne im Jahr 1996 bei einem Anschlussgrad von ca. 60% auf konstantem Niveau befindet.



3. Gewerbeabfall

Die Gesamtmenge der der Stadt Norderstedt zur Entsorgung angedienten Gewerbeabfallmengen ist im Jahr 2006 im Vergleich zu 2005 annähernd gleich geblieben.

Entwicklung der Gewerbeabfallmengen (Gesamt mengen)



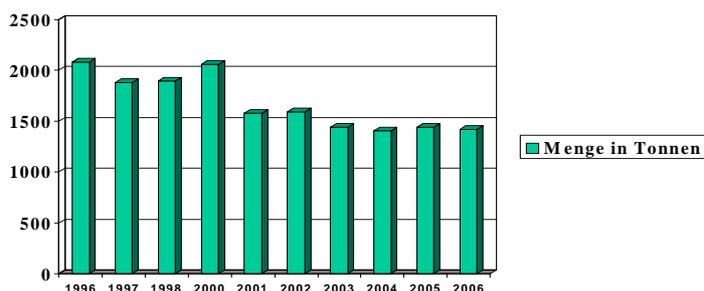
4. Straßenkehrrecht und Sielrückstände

Die Entsorgung von Straßenkehrrecht und Sielrückständen findet weiterhin im Rahmen einer ordnungsgemäßen Verwertung statt.

2006 wurden insgesamt **1.420,2 Tonnen** Kehrgut und Sielrückstände gemäß Vertrag verwertet.

Die eingesammelte Menge war damit geringfügig niedriger als im Vorjahr (1.439,4 Tonnen).

Entwicklung der Kehrgut- /Sielrückstandsmengen



5. Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb

Am 09.08.2006 fand die Wiederholungsprüfung für die Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb statt.

Mit dem erfolgreichen Abschluss dieser jährlich vorgeschriebenen Überprüfung der Zertifizierung ist das Betriebsamt berechtigt, weiterhin das Gütesiegel Entsorgungsfachbetrieb zu führen (s. Anlage).

Es wurden keine Beanstandungen festgestellt.

6. Wertstofffassung

Die nachstehende Tabelle zeigt die Menge der im letzten Jahr erfassten Wertstoffmengen.

Tonnen/Jahr							
Jahr	Sperrmüll	Grünabfälle	Altglas	Altmetall	LVP	Altpapier	Altkleider
2005	2.479	3.173	1.671	161	2.763	5.468	464
2006	2.296	4.148	1.807	170	2.778	5.490	510

Kg/Einwohner							
2005	34.73	44.45	23.41	2.26	38.71	76.61	6.50
2006	32,15	58,08	25,30	2,38	38,90	76,88	7,14

Für die Fraktionen Altglas wurden die seitens DSD geforderten Outputmenge erreicht, für Altpapier und für LVP geringfügig übertroffen.
(Anlage 5 der Niederschrift: GUT Prüfungsbericht)

TOP 8.8:

Frau Hahn zur Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen in Norderstedt

Frau Hahn äußert, dass Norderstedt mit der zeitnahen Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen zurück liegt.
Frau Hahn fragt, was „zeitnah“ in diesem Falle bedeutet und wer die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen prüft.
Sie bittet die Verwaltung um einen entsprechenden Bericht.

TOP 8.9:

Frau Hahn zur Einführung der Papiertonne in Norderstedt

Frau Hahn fragt nach dem für März 2007 angekündigten Bericht der Verwaltung über die Einführung der Papiertonne

Herr Bosse antwortet direkt und kündigt den Bericht für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 03.05.2007 an.

TOP 8.10:

Herr Engel zu Straßenschäden in Norderstedt

Herr Engel bittet die Verwaltung, die Straßenschäden in den Bereichen Friedrichsgaber Weg / Niendorfer Straße sowie Düsterntwiete / Achternfelde zu beheben.

Herr Lange bittet die Verwaltung darüber hinaus, dass sämtliche Frostaufbrüche auf Norderstedter Straßen gefüllt werden.

TOP 8.11:

Frau Paschen zur Holzbrücke über die Oadby-and-Wigston-Straße

Frau Paschen fordert, dass die Holzbrücke über die Oadby-and-Wigston-Straße einen neuen Anstrich bekommt.

Herr Kröska antwortet direkt. Die Brücke darf nicht gestrichen werden, da das verwendete Tropenholz keinen Anstrich verträgt. Die Brücke wurde erst kürzlich statisch überprüft und ist in einem einwandfreien Zustand.

TOP 8.12:**Frau Hahn zu Fahrradresten an U-Bahn- und Bushaltestellen in Norderstedt**

Frau Hahn bittet die Verwaltung, die vielen Fahrradreste an den Norderstedter U-Bahn- und Bushaltestellen abzuholen und zu entsorgen.

TOP 8.13:**Frau Plaschnick zu abschließbaren Fahrradboxen**

Frau Plaschnick fragt nach dem Stand der von der Verwaltung zu beschaffenen und aufzustellenden abschließbaren Fahrradboxen.

Herr Bosse und Herr Kröska antworten direkt. Die Fahrradboxen werden bald aufgestellt.

TOP 8.14:**Frau Hahn zur 8. Nachtragssatzung zur Straßenreinigungssatzung**

Frau Hahn fragt, wann die Beratungen zur von der Stadtvertretung in den Ausschuss zurückverwiesenen 8. Nachtragssatzung zur Straßenreinigungssatzung erfolgen.

Herr Bosse antwortet direkt. Die Beratungen sind vorgesehen für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 03.05.2007.

Anlagen